Ignorieren hilft nicht

Der Fall Schweden zeigt: Will man Rechtspopulismus effektiv bekämpfen, darf man radikalen Parteien markante Themen wie Zuwanderung nicht überlassen.

Die schwedische Parlamentswahl 2018 brachte erdrutschartige Verschiebungen. Die linke Regierung unter Führung der Sozialdemokraten, Beteiligung der Grünen und Duldung der Linkspartei erhielt nur einen Sitz mehr als die Allianz der traditionellen rechten Parteien – aus der Moderaten Sammlungspartei, den Liberalen, der Zentrumspartei und den Christdemokraten –, erlangte aber keine klare Mehrheit. Die größten linken und rechten Parteien, die Sozialdemokraten und die Moderate Sammlungspartei, hatten große Verluste erlitten. Die Sozialdemokraten fuhren mit weniger als 30 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1911 ein, die Sammlungspartei blieb gar unter 20 Prozent.

Beide Parteien verloren Stimmen an die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die mit 17,5 Prozent der Stimmen ihr bis dahin bestes Ergebnis erhielten. Eine rechte Mehrheitsregierung hätte nur mit ihrer Unterstützung gebildet werden können.

Nach viermonatigen Verhandlungen wurde die wegweisende Januar-Vereinbarung (*Januariavtalet)* erzielt, die den traditionellen linken und rechten Block in der schwedischen Politik aufspaltete. Stefan Löfven von den Sozialdemokraten konnte nach Vereinbarungen mit anderen linken, aber auch mit liberalen und gemäßigten Parteien wieder Premierminister werden.

Die neue Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen hatte von den 175 Parlamentssitzen, die sie für eine Mehrheit gebraucht hätte, nur 116. Von Anfang an musste sie daher den Parteien der liberalen und konservativen Mitte erhebliche Zugeständnisse machen, damit diese von traditionellen Bündnispartnern abrückten und sich verpflichteten, nicht gegen die neue Regierung zu stimmen.

Bis zur letzten Wahl

Der Schwäche der Regierung, die 2018 aus den Wahlen hervorging, entspricht auf der anderen

verfolgten alle schwedischen Mainstream-Parteien gegenüber den Schwedendemokraten eine Strategie der Ausgrenzung.

Seite die anhaltende Stärke der Schwedendemokraten: Umfragen zufolge steht fast ein Fünftel der Wählerschaft hinter der Partei. Deshalb wird nun lautstark darüber diskutiert, wie man mit den Schwedendemokraten umgehen und eine stabile Mehrheitsregierung zustande bringen kann, die der Probleme des Landes Herr wird. Da diese Thematik auch andere Teile Europas betrifft, lohnt sich ein Blick auf die Debatte in Schweden.

Bis zur letzten Wahl verfolgten alle schwedischen Mainstream-Parteien gegenüber den Schwedendemokraten eine Strategie der Ausgrenzung. Nach dieser Strategie verbot sich vor allem im Wahlkampf und bei der Regierungsbildung jede Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten. Darüber hinaus waren sich die anderen Parteien einig, dass sie die Themen, mit denen die Schwedendemokraten punkten – wie andere rechtspopulistische Parteien auch –, ignorierten oder herunterspielten: Zuwanderung, Integration, innere Sicherheit etc.

Bo Rothstein und Sven Steinmo legten auf *Social Europe* dar, dass Schweden 2018 einen größeren Zustrom von Migranten und Flüchtlingen hinter sich hatte als je zuvor in der modernen Geschichte; im Verhältnis kamen auch mehr Menschen nach Schweden als in jedes andere europäische Land, und „Meinungsumfragen ergaben eine große Unzufriedenheit“ mit dieser Politik „der offenen Tür“, die von den etablierten Parteien, sogar der Moderaten Sammlungspartei, unterstützt worden war.

Wer diese Politik hinterfragte, sei es innerhalb der etablierten Parteien, in den Medien oder in der Wissenschaft, wurde sofort in die moralisch verwerfliche oder rassistische Ecke gestellt. Den Wählern, die sich mehr Zurückhaltung in der Flüchtlingsaufnahme wünschten (etwa wie in Norwegen oder Dänemark), blieb nur eine einzige Partei: die Schwedendemokraten.

Den Wählern, die sich mehr Zurückhaltung in der Flüchtlingsaufnahme wünschten, blieb nur eine einzige Partei: die Schwedendemokraten.

Die Strategie der Ausgrenzung mochte moralisch befriedigend und normativ wünschenswert sein, doch die anhaltende Popularität der Schwedendemokraten machte deutlich, dass sie nicht aufging. Warum?

Politologen weisen darauf hin, dass der Aufstieg radikaler Parteien mit einer inhaltlichen Annäherung der Mainstream-Parteien zusammenhängt. Durch diese Annäherung verwischt sich das Profil der etablierten Parteien, und Menschen, die politische Alternativen suchen, finden keine. Diese Dynamik verstärkt sich, wenn sich die etablierten Parteien auf Positionen einigen, die von einem maßgeblichen Teil der Wählerschaft weit entfernt sind. Genau dies geschah in Schweden und auch in anderen Ländern.

Der Aufstieg der Schwedendemokraten lässt sich nicht in erster Linie damit erklären, dass sich die Einstellungen in der Bevölkerung verändert hatten, dass sie etwa rassistischer oder ausländerfeindlicher geworden wäre. In Schweden war wie in vielen anderen europäischen Ländern sogar das Gegenteil der Fall. Vielmehr konnten sich die Schwedendemokraten die Unterstützung vieler Wählerinnen und Wähler sichern, weil die Mainstream-Parteien Menschen mit gemäßigten bis konservativen Positionen kein Angebot machten.

Wie andere radikale oder randständige Parteien profitieren Rechtspopulisten davon, dass sie *sichtbare* Themen mit großer Aufmerksamkeit (in Schweden und anderen europäischen Ländern war das in den letzten Jahren die Zuwanderung) aufnehmen und Positionen anbieten, die attraktiv sind und sie von anderen *unterscheiden.* Sie nähern sich also den Positionen vieler Wähler an und setzen sich vom Angebot anderer Parteien ab.

Im Jahr 2018 war die Ausgrenzungsstrategie in Schweden unübersehbar gescheitert. Nach der Wahl näherten sich konservative und christdemokratische Parteien einer neuen Haltung, die man als „Einbindungsstrategie“ bezeichnen könnte: Sie zogen eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten in Betracht, um 2022 eine rechte Regierung bilden zu können.

Politologen weisen darauf hin, dass der Aufstieg radikaler Parteien mit einer inhaltlichen Annäherung der Mainstream-Parteien zusammenhängt.

Überraschenderweise beschloss auch die Liberale Partei kürzlich eine solche Neuausrichtung, obwohl sie vom Profil her „zentristischer“ ist als die Sammlungspartei und die Christdemokraten und sich, wie erwähnt, nach der Wahl 2018 erstmals von traditionellen Bündnispartnern gelöst hatte, um die Schwedendemokraten von der Macht fernzuhalten. Kann eine solche Einbindung gelingen?

Diese Strategie kann nur aufgehen, wenn auch die Grundbedingungen,

die den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien wie der Schwedendemokraten ermöglichen, beseitigt werden. Die erste Grundbedingung ist die Unterscheidbarkeit. Wer den Schwedendemokraten Wähler abluchsen will, muss Menschen, die der Zuwanderung und verwandten Themen kritisch gegenüberstehen, eine gemäßigte bis konservative Alternative zu den rassistischen und ausländerfeindlichen Slogans und Initiativen der Schwedendemokraten anbieten. Das tun sowohl die Sammlungspartei als auch die Christdemokraten, besonders seit der Wahl 2018.

Eine solche Neuausrichtung ist notwendig, aber wahrscheinlich nicht ausreichend. Das liegt auch daran, dass in Schweden wie in anderen europäischen Ländern populistische Parteien das Thema Zuwanderung schon seit langem für sich reklamieren: In der Wählerschaft gelten die Schwedendemokraten als die Partei, die in dieser Frage die konsequenteste und verlässlichste Position vertritt. Wer die Wahl einer Partei von einem zuwanderungskritischen Programm abhängig macht, dürfte daher den anderen rechten Parteien, die ihr Wahlprogramm erst kürzlich geändert haben, die „echte“ Partei vorziehen.

Die zweite Vorbedingung, die es zu ändern gilt, um Rechtspopulismus zu schwächen, ist die Aufmerksamkeit für seine Themen. Da Schwedendemokraten und andere rechtspopulistische Parteien ihre Anhänger über ihre Zuwanderungskritik mobilisieren, feiern sie Erfolge, solange dieses Thema die politische Debatte und den Wettstreit der Parteien beherrscht. Um den Erfolg dieser Parteien langfristig einzudämmen, muss man daher der Zuwanderungsthematik die Aufmerksamkeit entziehen.

In den letzten Jahren ist die Einwanderung in Schweden und anderen europäischen Ländern zurückgegangen, doch die kritischen Fragen zur Eingliederung der Menschen in den Arbeitsmarkt, zu Integration, Kriminalität und „Terrorismus“ sind geblieben. Wer sich zielstrebig und wirksam um diese Problembereiche kümmert, schwächt ihre Bedeutung in der Aufmerksamkeit der Wähler, sodass sich diese anderen Themenfeldern zuwenden können, in denen Schwedendemokraten oder andere populistische Parteien keine ureigenen Positionen vertreten.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe *und dem* IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Anne Emmert



Sheri Berman

New York City

Sheri Berman ist Professorin für Politikwissenschaft am *Barnard College* der *Columbia University* in New York City. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen europäische Geschichte und Politik, die Entwicklung der Demokratie, Populismus, Faschismus und die Geschichte der Linken.